

## Deutschland.

Berlin, 12. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Kanzler Friedrich beim Polizeipräsidenten zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Stadt- und Land-Physikus, Medicinalrath Dr. Gazert zu Harburg und dem Kanzleirath Friedrich Wilhelm Bergemann beim Stadtgericht zu Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem preussischen Consul in Edinburgh, Gibson Thomson, den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Schulen Rönne- mann zu Berlin im Kreise Barchin, dem Küster und Schullehrer Zep- mer zu Wermlich im Saalfeld, dem Kreisgerichtsrath und Greator Michael Miers zu Prenzlau und dem Schafmeister Christian Sauge zu Hohen- Schönbäumen im Kreise Nieder-Barnim das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Klempnermeister Theodor Wittig und dem Tischlermeister Friedrich Beder zu Erfurt die Rettungsmedaille am Bande; ferner dem Kreis-Physikus Dr. Furt zu Bunzlau den Charakter als Sanitätsrath und dem Appella- tionsgerichts-Kanzlei-Inspector Baehr zu Cöslin bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Hirsch zu Pargowitz ist in gleicher Eigen- schaft an das Kreisgericht zu Meieritz, mit Anweisung seines Wohnsitzes das- selbst, versetzt worden. — Der Gerichts-Assessor Herr in Stettin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Neustettin und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Cöslin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Barwalde, ernannt worden. — Am kaiserlichen Gymna- sium in Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Wilhelm Bern- hardi zum Oberlehrer genehmigt worden. — Der praktische Arzt Dr. Kal- koff zu Coelbe ist zum Kreisphysikus des Kreises Gartzberge ernannt worden. — Das bisherige Programm in Hameln und die höhere Lehr- anstalt zu Beuthen in Oberschlesien sind als Gymnasien, die Realclassen der Gymnasien zu Greifswald und zu Bielefeld, sowie die bisherige höhere Bürgerschule zu Hannover als Realschulen erster Ordnung, ferner die höheren Stadtschulen zu Järntrawalde und zu Bielefeld als höhere Bürgerschulen im Sinne der Unterrichts- und Prüfungsordnung vom 6. October 1859, und die höhere Bürgerschule zu Wiesbaden als solche im Sinne der Militär-Erlass-Instruction vom 9. December 1858 anerkannt worden.

[Der König.] Die „Prov.-Corresp.“ schreibt: Die künftigen Pflichten ruhen auch in Paris nicht. Der König erledigt täglich die ihm nachgesandten Staatsangelegenheiten und arbeitet öfter mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck und dem General v. Trescow. Am Freitag, den 14., wird der König Paris verlassen und am 15., vermutlich auf demselben Wege, wie auf der Hinreise, nach Berlin zu- rückkehren. — Am 16. wird der Besuch des Kaisers von Russland, welcher Paris bereits verlassen hat, um die ihm verwandten Höfe zu Stuttgart und Darmstadt vor der Rückkehr nach Russland zu besuchen, am Hofe unseres Königs erwartet. — Zu Ehren der Anwesenheit des Kaisers soll hier eine große Truppenparade auf dem Tempelhofer Felde stattfinden.

[Antwort des Königs an die ostfriesische Deputation.] Die „Ztg. f. Nordd.“ schreibt: Se. Majestät der König hat der ost- friesischen Deputation 2. und 3. Curie folgende Antwort ertheilt:

„Er freue sich, eine von der ostfriesischen Landschaft abgeordnete Deputa- tion empfangen zu können und habe mit großer Genugthuung die eben- berlesene Adresse der ostfriesischen Provinzial-Stände angelesen, besonders er- freut habe ihn das Zeugnis darüber, daß die frühere Zusammengehörigkeit der Provinz mit dem preussischen Staate ein so gutes Andenken finde und die Wiedervereinigung derselben überwiegend mit Freuden begrüßt worden. Von verschiedenen Gegenden Ostfrieslands seien gleiche Kundgebungen bei ihm eingegangen und es liege darin eine besondere Genugthuung für ihn, in Bezug auf das ehrenvolle Andenken an seinen hochseligen Vater, da diese Zeugnisse ihm den Beweis liefern, daß die Provinz Ostfriesland sich unter dessen Regierung glücklich gefühlt habe. Seine königliche Gnade solle der Provinz in vollstem Maße zu Theil werden und hoffe er, daß die Pro- vinzial-Institutionen, soweit solche mit dem allgemeinen Staats-Organismus und Regierungs-Maximen in Einklang zu bringen wären, derselben erhalten bleiben könnten. Er habe deshalb auch bereits Befehl ertheilt, daß Ver- trauensmänner, die mit den Institutionen und sonstigen Einrichtungen der Provinz vertraut wären, gehört würden, damit die Wünsche seiner neuen Unterthanen zu seiner Allerhöchsten Kenntnis gelangen.“

Im Verlaufe des Gesprächs mit der Deputation gedachte der König auch der Vereinigung Ostfrieslands mit Westfalen, mit dem Bemerkten, daß Entschliessungen darüber noch nicht vorlägen.

[Schluß des Landtages.] Die „Prov.-Corresp.“ meldet: Am 24. Juni findet bekanntlich die zweite Abstimmung über die Bundes- verfassung im Herrenhause statt. An demselben Tage wird voraussicht- lich auch die außerordentliche Session des preussischen Landtages geschlossen werden können. Der Schluß wird diesmal nicht von Sr. Maj. dem Könige, sondern vermutlich, da der Minister-Präsident Graf Bismarck bereits seinen Urlaub angetreten haben dürfte, von dem stellvertretenden Vorsitzenden im Staatsministerium, dem Finanzminister Fehren. von der Heydt, im allerhöchsten Auftrage vollzogen werden. — Die Verkündi- gung der Reichsverfassung wird in allen Staaten des norddeutschen Bundes voraussichtlich in der letzten Woche des Juni gleichzeitig und in gleicher Weise erfolgen.

[Details über die Tödtung des Schuhmachers Seiffert.] Die „Staatsb.-Ztg.“ berichtet: Der Lieutenant Wilhelm v. Schebe, 21 Jahre alt, wohnte, bevor er zu Seiffert zog, beim Schuhmacher Störbe (Kraus- senstraße 75), der gleichfalls zu denjenigen Zimmervermietern gehört, welche es nicht dulden wollen, daß ihre Miether in den gemieteten Zimmern Ver- suche nach ihrem Belieben anstellen. Der Lieut. v. Schebe wurde dabei von ihm, resp. seiner Frau veranlaßt, auszugehen, was bezüglich des Reten- tionsrechts, welches die Frau beim Ausziehen des Miethers in Anspruch nahm, zu Conflicten führte, infolge deren v. Schebe den Degen zog, um die Frau zur Flucht in ihr Zimmer zu veranlassen und so seinen Auszug ungehindert vollenden zu können.

In dem vom Schuhmacher Seiffert (Charlottenstraße 79, drei Treppen hoch) vor etwa 14 Tagen gemieteten Zimmer, welches von der Verhaftung und Wohnruhe des Seiffert nur durch eine Verbindungsbür getrennt ist, empfing der Lieutenant v. Schebe außer dem Besuche seines Bruders, eines Cadetten, und mehrerer Kameraden auch den seiner zeitweiligen Geliebten, Anna Gwald, Pflügetochter eines bei der Packammer einer Eisenbahn An- gestellten, bei welchem v. Schebe früher gewohnt hatte. Diese Besuche, bei denen es manchmal wohl etwas heiter und laut zugegangen sein mochte, er- regten das Mißfallen der Seiffertschen Eheleute, das diese denn auch bei ver- schiedenen Gelegenheiten zu erkennen gaben, so daß endlich der Auszug des Lieutenants zum 11. Juni, dem dritten Pfingsttage, verabredet wurde.

Trotzdem kam es noch am ersten Pfingstfeiertage, als einer der Kameraden v. Schebe's auch seine Geliebte mit zu ihm gebracht hatte, zwischen dem Lieu- tenant und seinem Vermieter Seiffert, der „diese Nacht nicht dulden wollte“, zu einem Streit, der sich jedoch auf Meinungsäußerungen beschränkte.

Erst am zweiten Pfingstfeiertage, als Nachmittags in der Wohnung des Lieutenants außer ihm und seinem Bräutigam, der inzwischen nach Selterwasser geschickt worden war, nur noch der Cadett v. Schebe und Anna Gwald anwesend waren, nahm die Einmischung des Miethers in die Privatange- legenheiten seines Miethers größere Dimensionen an, die zu der tragischen Ra- tastrophe führten.

Allerdings soll nach der Angabe der Ehefrau des Getödteten der Streit zwischen ihrem Manne und dem Lieutenant eine ganz andere Ursache gehabt haben, als jene Einmischung, nämlich folgende:

Am Vormittage des Montag, als Seiffert nicht zu Hause war, soll der Lieutenant ein Paar Handschuhe und 10 Sgr. vermisst und dabei zu seinem Bräutigam gelaufen sein, die Handschuhe würden wohl darum vermisst. Als die Frau Seiffert hinterbracht worden, sei sie sehr entrüstet darüber ge-

wesen, daß man sie in Verdacht habe. Gleiche Entrüstung darüber habe ihr Mann nach seiner Rückkehr empfunden, und in diesem Gefühle sei er in das Zimmer des Lieutenants gedrungen, um diesen zur Rede zu stellen.

Wie dem nun aber auch sein mag, Thatsache ist, daß bei dem Wortwechsel zwischen dem Seiffert und dem Lieutenant nicht bloß von den abhanden ge- kommenen Gegenständen, sondern vorzugsweise von den Damenbesuchen des Lieutenants die Rede war, über welche sich der Wirth in einer Weise aus- ließ, die schwere Beleidigungen ebenfalls für den Offizier, wie für das junge Mädchen enthielt. Ja, Seiffert forderte sogar, daß sich das Letztere sofort entfernen solle, welches unberechtigte Verlangen der Lieutenant damit beantwortete, daß er den Lebenden aufbörere, sein Zimmer zu verlassen, widrigenfalls er sein Hausrecht gebrauchen werde.

Als Seiffert dieser Aufforderung nicht nachkam und in seinen Belei- digungen des Lieutenants und des Mädchens fortfuhr, drohte ihm v. Schebe, daß — wenn er nun nicht das Zimmer verlasse — er ihn niederstieße würde. — Dabei griff er nach einem sechsseitigen Revolver, den er sich erst vor 14 Tagen gekauft hatte und der auf seinem Schreibtische lag.

Wahrscheinlich ist es, daß Seiffert, der da rief, daß er sich durch solche Drohung nicht schrecken lasse, den Lieutenant angefaßt hat, um ihm den Revolver zu entreißen; auch das junge Mädchen bemühte sich, die That zu vereiteln, indem sie dem Lieutenant in den Arm fiel, wurde aber von ihm zurückgestoßen, während der Cadett das Zimmer verlassen hatte, um sich vor die Thür zu stellen. Auch den Seiffert scheint der in den höchsten Zorn gebrachte Lieutenant von sich geschleudert zu haben; denn er feuerte den Re- volver in einer gewissen Entfernung auf seine Brust ab, jedoch infolge der- selben, als die Kugel, durch den zugetrockneten Rod des Seiffert abgeschwächt, von einem Stück Bruchstein abprallte — wie sich bei der Besichtigung der Leiche durch uns selbst ergab.

Beim Knall dieses ersten Schusses stürzte die Frau Seiffert mit zwei bei ihr anwesenden jungen Männern in das Zimmer, um noch zu sehen, wie ihr Mann den Lieutenant bei der Brust gefaßt hatte, gleich darauf aber in Folge eines zweiten Schusses zusammenbrach. — Die Kugel dieses zweiten Schusses war in die linke Seite des Seiffert dicht unter den Rippen- eingebrungen und hatte dort — nach der Erklärung des schnell herbeigerufenen Dr. Weiß — ihren Weg durch die Milz und den Magen genommen.

Der Tod des Getroffenen trat schon nach wenigen Minuten ein, nachdem er von der Frau Seiffert und ihren Bekannten in ihre Wohnung gebracht worden war. — Anna Gwald war gleich nach dem zweiten Schusse aus dem Zimmer und aus dem Hause gestürzt. Der Cadett, ein etwa 14-jähriger Knabe, dagegen blieb auf dem Gange vor der Thür mit seinem gezogenen Säbel stehend, drohend, Jedem zu erstehen, der seinem Bruder etwas thun wolle. Erst die herbeigekommenen Schutzleute belehrten ihn durch seine Ent- fernung aus dem Hause, daß Knaben in dem Rathe der Männer nichts zu schaffen haben.

Seiffert ist 36 Jahre alt, aber nicht Soldat gewesen, wie gestern von uns auf Grund einer anderen Aussage hin berichtet wurde. Dagegen hinterläßt er wirklich zwei Kinder von resp. 3 Jahren und 8 Wochen.

Die Begebenheiten der Verhaftung anlangend, so soll Hr. v. Drygalski gar nicht einmal eine direkte Aufforderung, ihm im Namen des Gefekes den Eintritt zu gewähren, an den Thäter gerichtet, sondern nur die Thür zu öffnen versucht und davon abgesehen haben, als der eingelegte v. Schebe hinaus- rief: daß er Jeden, der außer der Militärbehörde bei ihm einzubringen ver- suchen würde, niederstieße werde. So begnügte sich denn der Chef unserer Criminalpolizei damit, die Wohnung betreten zu lassen, bis die Militär- behörde von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt und ihrerseits eingeschritten sein würde.

Dies geschah endlich nach 7 Uhr Abends durch das Erscheinen eines von der Commandantur abgeordneten Artillerie-Hauptmanns in Begleitung zweier Herren in Zivilkleidung, die den verbedeten Wagen, der sie an den Thäter gebracht hatte, zwei Säule vor der Thür ließen, um den Thäter ab- zuholen, der ihnen denn auch in Uniform — aber nicht mit dem Degen an der Seite, wie man behauptet hat! — willig folgte. v. Schebe, ein junger Mann von schlanker Figur und rötlichem Haar, sah beim Herausstreiten aus dem Hause sehr blaß aus, ging aber festen Schrittes auf den Wagen zu, der die vier Personen aufnahm, um seinen Weg nach dem Militär-Arrest in der Lindenstraße im schärfsten Trab fortzusetzen, da er von einer unzählbaren Menschenmenge schreiend, lobend und fluchend verfolgt wurde.

Die amtlichen „N. Berl. Nachr.“ bringen über das Ereigniß folgende Meldung: In dem Hause Charlottenstraße 79 wohnte der Schuhmachermeister Seiffert, ein Mann von 35 Jahren, mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern. Eine möblirte Stube hatte er an den Secondelieutenant im Schles- ischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 6 Wilhelm v. Schebe seit 14 Tagen ver- mietet, der ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen, Anna Gwald, gehabt und dieselbe häufig in seiner Wohnung empfangen haben soll. Seiffert soll schon mehrmals von seinem Miether verlangt haben, daß er die Besuche der Gwald abstelle, jedoch ohne Erfolg. Als er gestern Nachmit- tag zwischen 2 und 3 Uhr von einem Ausgange nach Hause zurückkehrte, theilte ihm seine Frau mit, daß die Anna Gwald sich wieder in dem Zimmer des Lieutenants v. Schebe befinde. Seiffert ging darauf zu dem Letzteren hinein, und einige Minuten darauf hörte man in dem Schebe'schen Zimmer einen Schuß fallen. Mehrere Hausbewohner drangen darauf in die Wohnung des v. Schebe ein und fanden in demselben den Lieutenant v. Schebe, einen Bruder desselben, der Cadett ist, und die Anna Gwald. Seiffert lag sterbend am Boden; v. Schebe hatte ihn mit einem Revolver erschossen; die Kugel war, wie der schnell herbeigerufene Arzt Dr. Weiß erklärte, in die linke Brust durch Milz und Magen gedrungen. Die Criminal-Polizei war alsbald zur Stelle und nahm die ersten notwendigen Ermittlungen vor, benachrichtigte auch die Militär-Behörden, auf deren Anordnung der Lieutenant v. Schebe zum Militär-Arrest gebracht wurde. — Die Anna Gwald war in der ersten Verwirrung verstorben.

[Von kompetenter Seite] geht mehreren Berliner Blättern ferner Folgendes zum Abdruck zu: „Der in Nr. 162 A. der „Staatsb. Zeitung“ vom 11. Juni d. J. enthaltene Artikel, betreffend die Tödtung des Schuh- machermeisters Seiffert, ist, was das Einschreiten der Criminalpolizei, insbe- sondere des Polizeidirector v. Drygalski, anlangt, infolge durchaus unrichti- ger, als derlei: keineswegs an den Lieut. v. Schebe die Aufforderung ge- richtet hat, die Thür seines Zimmers zu öffnen. Nachdem der königlichen Commandantur gleich nach dem Bekanntwerden des bedrängten Vorfalles von Seiten des betreffenden Revier-Polizei-Vorbeckers auf telegraphischem Wege Mittheilung gemacht und jede weitere Veranlassung damit in die Hände der Militär-Behörde gelegt worden war, blieb der Polizeibehörde nur noch die Auf- gabe, für Sicherstellung der Person des Lieut. v. Schebe bis zur weiteren Maßnahme der Militär-Behörde zu sorgen, welcher Aufgabe seitens der Crimi- nal- und Revierpolizei entsprochen worden ist. Was die Haltung des aller- dings in Menge herbeigekommenen Publicums anlangt, so wird bemerkt, daß es eines energischen Vorgehens gegen dasselbe keineswegs bedurft hat, daß viel- mehr wenige Schutzleute ausgereicht haben, das Terrain zwischen der Schen- ken- und Zimmerstraße durchaus frei zu halten.“

○ Berlin, 12. Juni. [Die nordschleswigsche Angelegen- heit. — Der Handelsvertrag mit Oesterreich. — Die Dr- ganisation Hannovers. — Lazarethwesen.] Bekanntlich haben im Anfang des Monats Mai zwischen hier und Kopenhagen Verhand- lungen stattgefunden über die Vorbedingungen, unter welchen der Art. 4 des Prager Friedens über die nordschleswigsche Angelegenheit ausgeführt werden könnte, und hatte Preußen besonders zwei Punkte hervorgehoben, nämlich eine Anfrage an Dänemark gerichtet, ob dasselbe geneigt wäre, einen verhältnismäßigen Theil der schleswig-holsteinischen Staatsschuld zu übernehmen und ob es sich dazu verstehen würde, eine Garantie wegen der nationalen Sicherheit derjenigen Deutschen, welche eventuell in Folge der Abstimmung an Dänemark mit dem betreffenden Districte Nord- schleswigs fallen würden, zu übernehmen. Jetzt hat nun Dänemark hier erklären lassen, daß es sich auf Verhandlungen über eine Garantie der nationalen Sicherstellung der Deutschen nicht einlassen könne, son- dern daß es vielmehr die bestehenden Landesgesetze als maßgebend für das Verhältnis der Deutschen zu Dänemark und als vollständig

genügend ansehen müsse. — Die „Allg. Ztg.“ hat eine Berliner Corre- spondenz, welche behauptet, daß die Clausel in den Friedensverträgen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten, wonach Preu- ßen das Recht haben solle, 6 Monate nach einer vorangegangenen Kündigung den Zollverein aufzulösen, nicht zur Ausführung kommen könne, weil durch eine solche Auflösung die Rechte Dritter verletzt wür- den, denn Oesterreich habe ja auch einen Vertrag mit Preußen namens des Zollvereins abgeschlossen, der erst 1877 zu Ende gehe und könne deshalb von einer Kündigung des Zollvereins keine Rede sein. Aber dagegen ist in Beziehung auf Oesterreich zu bemerken, daß in Art. 13 des Prager Friedens Preußen sich das Recht vorbehalten hat, den Zoll- vertrag, den es am 11. April 1865 für sich und den Zollverein mit Oesterreich abgeschlossen, nach vorausgegangenener Kündigung und von da ab in weiteren 6 Monaten außer Kraft zu setzen; jener von dem Correspondenten der „Allg. Ztg.“ angeführte Grund gegen die rechtliche Natur obiger Clausel ist also ganz hinfällig. — Ver- schiedene Blätter erzählen, daß die Befragung der Vertrauensmänner in Hannover unter Vorsitz des neu ernannten Oberpräsidenten stattfinden würde und zwar so, daß die Beschlußfassung gleich nach der Rückkehr des Königs erfolgen könne. Aber schon die Nachricht, daß ein Ober- präsident für Hannover bereits ernannt sei, bestätigt sich noch nicht, so daß es gut ist, auch die Nachrichten über seinen am 1. Juli bevor- stehenden Amtsantritt, sowie die vorher durch ihn vorzunehmende An- hörung der Vertrauensmänner mit Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls wird dieselbe noch nicht in den nächsten Tagen stattfinden, noch ist die neue Verwaltungsordnung gleich nach der Rückkehr des Königs zu publi- ciren, denn in 2—3 Tagen ist solche Vernehmung nicht zu bewerk- stelligen. Auch soll ja die Beschlußnahme des Staatsministeriums über die hier für wünschenswerth erachtete Organisation von Hannover der Vernehmung der Vertrauensmänner vorausgehen. Diese Ver- rathung des Ministeriums wird wohl zu denjenigen gehören, welche, wie auch die „Provinzial-Corresp.“ schon angiebt, gleich nach der Rück- kehr des Königs hier stattfinden dürften. — Die Militär-Medicinal- und Lazareth-Angelegenheiten sind bisher getrennt im allgemeinen Kriegs- Departement und im Militär-Economie-Departement des Kriegs-Mi- nisteriums, sowie bei dem Medicinal-Stat der Armee, also an drei verschiedenen Stellen bearbeitet worden. Die in dieser Theilung liegende Weisheitslosigkeit der Geschäftsführung, sowie die mit der Bildung des norddeutschen Bundes verknüpfte Geschäftsvermehrung hatten schon vor einiger Zeit im Kriegs-Ministerium die Absicht hervorgerufen, das ge- samte Militär-Medicinal- und Lazareth-Wesen in einer neu zu bilden- den besonderen Abtheilung des Kriegs-Ministeriums zu concentriren. Diese Absicht soll, wie wir hören, gegenwärtig ihrer Verwirklichung ent- gegengehen und somit eine vollständige Einheit der gesammelten Militär- Krankenpflege erzielt werden. — Nach der aus den eingegangenen Tages- Kranken-Rapporten zusammengestellten Uebersicht des Krankenstandes der früheren mobilen Armee sind in den Lazarethen am 1. Juni d. J. noch befindlich gewesen: Kranke von der preussischen Armee 104 (am 1. Mai noch 148), von den feindlichen Armeen 2 (am 1. Mai 8). Darunter waren Verwundete von der preussischen Armee 80 (am 1. Mai 121), von den feindlichen Armeen 2 (am 1. Mai 8).

Braunschweig, 12. Juni. [Der Ausbruch des deutschen Juristentages] hat beschlossen, den nächsten Juristentag auf den 28. August d. J. nach München einzuberufen. (Post.)

Oesterreich.

Wien, 10. Juni. [Der kaiserliche Amnestie-Erlass], welcher gestern durch Placate an den Straßenenden kundgemacht worden ist, lautet wörtlich:

„Alle jene Verurtheilungen, welche gegen was immer für einen Bewohner Unseres Königreiches Ungarn und seiner Nebenländer in Folge politischer An- lagen oder wegen Verbrechen bis zum heutigen Tage gefällt worden sind — ferner die aus gleichen Ursachen angeordneten Untersuchungen stellen Wir hiermit ein. Die confiscirten Vermögen der Verurtheilten geben Wir zurück und gestatten allen Denjenigen, welche aus gleichen Ursachen sich noch im Auslande aufhalten, die freie Rückkehr ins Land. Wir befehlen dies auch auf jene aus, welche selbst nach Wiederherstellung der Ver- fassung nicht aufgekehrt haben, gegen die Gesetze des Landes zu agitiren; in- dem erheben es die heiligsten Interessen des Landes, daß Wir von Solchen verlangen, wieviel sie Treue dem gekrönten König und Gehorsam den Gesetzen des Landes feierlich angedoben sollen.“

Zu diesem Ende werden Unsere Behörden bezüglich der im Auslande Be- findlichen mit den nöthigen Instructionen versehen.

Gegeben Wien, 9. Juni 1867.

Franz Joseph m. p.  
Consignat: Graf Julius Andrássy.

St. Petersburg, 8. Juni. [Der Eindruck des Pariser Attentats.] Der Eindruck, welchen die gestern Vormittags bekannt gewordene Nachricht von dem Pariser Attentat hervorgerufen, ist leicht mitzufühlen als zu beschreiben; die etwas unbedachte Aeußerung der ersten (amtlichen) Depesche, der Attentäter „sich ein Franzose zu sein“, gab der Erregung der Gemüther eine Richtung, die möglicher Weise hätte gefährlich werden können, und es gewiß geworden wäre, wenn das Attentat schlimmere Folgen gehabt hätte. Daß jene, denen die Kaiserreise und die Polenamnestie obnein unlieb waren, nun desto lauter die Stimme erheben, daß giebt selbst das heutige „Journal de St. Petersburg“ zu verstehen, indem es zugiebt, es hätten sich allerdings vor der Abreise des Monarchen besorgte Stimmen erhoben, um die Reise abzurufen. Hier war die Rathlosigkeit um so größer, als die Leiter der Politik in der Ferne weilen und nur die Wenigsten wußten, ob sie das Attentat als das vereinzelte, in einer Stadt wie Paris unmöglich zu vermittelnde Werk eines Tollhanslers ansehen sollten oder ob sie nun einstimmig müßten in das Ge- schrei Jener, die in dem Attentat die Vernichtung aller Hoffnungen sehen wollen, die sich an die Pariser Fürstentheile knüpfen. Giebt es doch Leute genug, die ernstlich meinen, es werde nun wieder wie im vorigen Jahre bei uns in Russland eine Inquisition- periode beginnen! Man hat sich daran gewöhnt, nach jeder solch' ver- einzeltten That irgend ein Gesamt-Strafgericht halten zu sehen, und meint, das müsse so sein, als ob heute Iwan der Schreckliche und nicht der milde Alexander II. auf dem Throne säße. Das Bewußtsein, es könne das Verbrechen des Einzelnen, so groß es auch sei, und wäre es selbst gelungen, nicht auf die Gesamtheit zurückfallen, entwickelt sich in solch' einem Momente überwiegend, sind mit ein Maßstab für den intellectuellen Rang einer Nation. Frankreich wurde in Folge des Orsini'schen Attentats auf zehn Jahre in Belagerungszustand versetzt; in Preußen ist es Niemandem eingefallen, für Becker's oder Blind's Mord-



